

4.3.2020, 04:00

## Exiltibeter üben Kritik an Ablehnung von Gesuch

Bern Der Kanton Bern weigert sich, mehrere Asylsuchende, die nach eigenen Angaben aus Tibet stammen, als Härtefälle zu betrachten. Die Gesuchsteller hätten keine gültigen Beweisdokumente vorgelegt, heisst es zur Begründung.

Die 19 Personen hatten gehofft, in der Schweiz vorläufig aufgenommen zu werden. Doch der Kanton Bern hat ihr Härtefallgesuch abgelehnt – es fehle der Beweis, dass die Asylsuchenden wie behauptet Tibeter seien. Die kantonale Sicherheitsdirektion schreibt in einer Mitteilung, das Amt für Bevölkerungsdienste (ABEV) behandle solche Gesuche nach den Vorgaben des Staatssekretariats für Migration (SEM). Im Asylverfahren habe das SEM die Angaben der Gesuchsteller als nicht glaubhaft eingeschätzt. An diese Beurteilung sei der Kanton Bern gebunden, solange die betroffenen Personen nicht den Gegenbeweis erbrächten, heisst es nun.

Ausgelöst wurden die Gesuche um eine Härtefallregelung nach Angaben des Kantons durch die Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingswesens im Kanton Bern. Der bernische Grosse Rat beschloss diese Neustrukturierung im vergangenen Jahr. Sie verfolgt zwei Hauptziele: Wer bleiben darf, soll besser integriert werden. Wer gehen muss, soll zügig ausgeschafft werden.

In diesem Frühling wird der Kanton Bern damit beginnen, Personen mit rechtskräftigem negativem Asylentscheid in einem Rückkehrzentrum unterzubringen. Sämtliche Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid im Kanton Bern erhielten dazu ein Informationsschreiben. Dieser Brief hat laut den Behörden zur Eingabe der Härtefallgesuche geführt.

Exiltibeter in der Schweiz finden, die Haltung der Behörden weltfremd. Dagobert Onigkeit von der Organisation «Free Swiss Tibetans» kritisierte den Entscheid der Berner Behörden. Er sehe darin «den gleichen Irrsinn wie in anderen Kantonen und beim SEM». Gemeint sei, so Onigkeit, dass Papierlose Papiere vorweisen müssten, um ihre Papierlosigkeit zu beweisen.

Die Tibeter seien schlicht nicht in der Lage, Papiere vorzulegen. Denn bei der Flucht aus China müssten sie ihre Identitätsausweise zurücklassen, um – einmal im Ausland – nicht wieder nach China ausgeliefert zu werden.

300 Tibeter sind nach Angaben Onigkeits derzeit in der Schweiz in derselben Situation wie die Gesuchsteller. Er fordert, die Schweiz solle diese Menschen vorläufig aufnehmen. *sda*